

1.700 fossile PKW weniger in Rheinland-Pfalz – pro Woche

Zur Erreichung der Klimaziele müssen in Rheinland-Pfalz wöchentlich mindestens 1.700 PKW mit fossilen Antrieben durch PKW mit alternativen Antrieben ersetzt werden.

Mainz, 25. Mai 2023 – Das Land Rheinland-Pfalz hat mit dem landeseigenen Klimaschutzkonzept verpflichtende Maßnahmen beschlossen, um klimaschädliche Emissionen maßgeblich zu reduzieren und somit den Klimawandel zu begrenzen. Wie genau die Klimaschutzziele Rheinland-Pfalz erreicht werden können, hat der Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft Hessen/Rheinland-Pfalz e.V. (LDEW) durch eine Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. (FfE) untersuchen lassen.

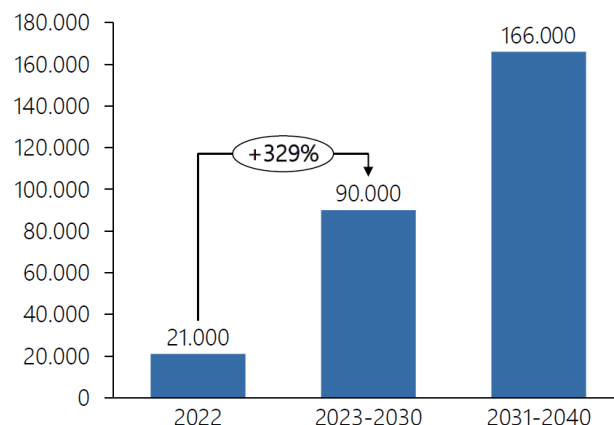
Zum Erreichen der selbst gesteckten Klimaziele müssen alle Potenziale genutzt werden. Insbesondere im stark fossil geprägten Verkehrssektor sind erhebliche Einsparungen möglich und notwendig. Perspektivisch sollen in Deutschland Fahrzeuge mit fossilen Antrieben durch Fahrzeuge mit alternativen Antrieben ersetzt werden.

In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der PKW mit alternativen Antrieben im vergangenen Jahr stark gewachsen. Derzeit verfügen rund 2 Prozent aller PKW in Rheinland-Pfalz über einen batterieelektrischen Antrieb. Um die Klimaziele erreichen zu können, müsste dieser starke Zuwachs des vergangenen Jahres nach den Ergebnissen der FfE-Studie nochmals vervierfacht werden und die kommenden Jahre beibehalten werden. Wöchentlich entspricht dies einer Zulassung von mindestens 1.700 PKW mit alternativen Antrieben.

Ab dem Zwischenziel im Jahr 2030 bis hin zur angestrebten Klimaneutralität im Jahr 2040 werden noch einmal mehr neue PKW mit alternativen Antrieben benötigt, 3.200 pro Woche. Wie ambitioniert dieses Ziel ist, wird auch bei einem Blick auf die Grafik zum benötigten jährlichen Zuwachs bewusst.

Benötigter Zuwachs klimaneutraler PKW, zur Erreichung der Klimaziele Rheinland-Pfalz

Jährlicher Zuwachs des KnFz-Bestands



„Um unsere Klimaziele erreichen zu können, muss nicht zuletzt die Dekarbonisierung des Verkehrssektors einen maßgeblichen Beitrag leisten“, erklärt der LDEW-Vorsitzende Dr. Oliver

Malerius. „Wir als Energieversorger aus der Region kümmern uns dabei um die benötigte Infrastruktur. Zur Deckung des zusätzlichen Energiebedarfs für den Verkehrssektor sowie für die Umstellung weg von fossilen Energien müssen wir die Stromnetzinfrastuktur ertüchtigen. Hierfür tätigen wir als Netzbetreiber hohe Investitionen, nicht zuletzt damit die Verkehrswende durchgeführt werden kann.“

„Um Verzögerungen zu vermeiden, benötigen wir von der Politik schnellere Genehmigungsverfahren beim Netzausbau und einen politischen Rahmen, der die dringend benötigten Investitionen in das Netz anreizt“, ergänzt Dr. Malerius. „Bei der Ladeinfrastruktur bleiben wir den Zulassungszahlen E-PKW weiterhin weit voraus. Nach einem erneuten Rekordausbau im Jahr 2022 lassen sich mit den bundesweit mehr als 80.000 öffentlichen Ladesäulen rund 2,5 Millionen vollelektrische PKW versorgen – zugelassen sind aber nur rund 1 Million E-PKW.“

Der Verband

Der LDEW vertritt die Interessen von rund 270 Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft in Hessen und Rheinland-Pfalz gegenüber Politik, Behörden und der Öffentlichkeit. Er vereinigt die Sparten Strom und Fernwärme, Erdgas, Wasser und Abwasser. Er arbeitet mit dem Bundesverband BDEW in Berlin eng zusammen und engagiert sich insbesondere auch für die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen. Damit ist der LDEW Bindeglied zwischen Energie- und Wasserwirtschaft sowie Politik und Gesellschaft.

Ihr Ansprechpartner

Horst Meierhofer

Geschäftsführer

meierhofer@ldew.de

Telefon 06131- 627 69-25